

Verbot der Einschulung afghanischer Kinder an iranischen Schulen; eine neue Politik mit gravierenden humanitären Folgen

Mit der Einführung neuer Schulregistrierungsbestimmungen für das Schuljahr 1404 wurde vielen afghanischen Flüchtlingskindern das Recht auf Bildung verweigert. Die Pflicht zur Vorlage bestimmter Dokumente und der Wegfall der Möglichkeit einer befristeten Registrierung haben Besorgnis über Bildungsdiskriminierung und erzwungene Rückführung ausgelöst.

Vor Beginn des neuen Schuljahres hat das iranische Bildungsministerium neue Bestimmungen erlassen, die die Anmeldevoraussetzungen für ausländische Schüler stark einschränken. Laut diesen Bestimmungen dürfen sich nur noch Kinder mit vom Innenministerium anerkannten Ausweisdokumenten, wie beispielsweise einem ausländischen Personalausweis, einem Reisepass mit elektronischem Visum oder einer Aufenthaltserlaubnis, an Schulen anmelden. Dokumente, die in den Vorjahren als gültig galten, wie etwa Meldebescheinigungen oder manuelle Haushaltspässe, werden nicht mehr akzeptiert.

Auch das Anmeldeverfahren ist komplizierter geworden: Man muss online einen Termin vereinbaren, das Sponsorenbüro aufsuchen, um ein Empfehlungsschreiben zu erhalten, und anschließend mit gültigen Dokumenten in der Schule erscheinen. Dabei konnten bis zum letzten Jahr sogar Kinder ohne Dokumente mit der Zusage der Eltern vorläufig angemeldet werden – eine Möglichkeit, die nun vollständig weggefallen ist.

Kinder- und Migrantenrechtsaktivisten warnen davor, dass diese Maßnahmen, verbunden mit dem zunehmenden Druck zur Rückführung afghanischer Migranten, zu einem weit verbreiteten Bildungsentzug bei Kindern geführt haben. Manche Familien weigern sich, ihre Kinder zur Schule zu schicken, selbst mit gültigen Dokumenten, aus Angst vor einer Identifizierung und Abschiebung.

Berichte verschiedener Schulen deuten darauf hin, dass die Umsetzung dieser Richtlinien nicht einheitlich erfolgt. Einige Schulleiter haben sich sogar geweigert, Kinder mit gültigen Ausweispapieren aufzunehmen. Soheila Babaei, Direktorin des Vereins zum Schutz der Kinderrechte, gab bekannt, dass in diesem Jahr – anders als in der Vergangenheit – der Hauptgrund für die Ablehnung von Kindern mit Migrationshintergrund explizit in den offiziellen Richtlinien des Bildungsministeriums genannt wird.

Drei Gruppen von Migrantenkindern stehen vor besonders großen Problemen: Kinder von Familien, die auf Integrationsdokumente warten, Kinder ehemaliger afghanischer Regierungssoldaten und Kinder von weiblichen

Haushaltsvorständen. Viele dieser Kinder, insbesondere jene, die nach der Machtübernahme der Taliban im Jahr 1400 nach Iran kamen, gehen nicht mehr zur Schule und arbeiten im informellen Sektor.

Die Kinderrechtsaktivistin Afkham Sabbagh berichtete über das Schicksal von Teenagerinnen, die im Iran geboren, aber nach Afghanistan zurückgeschickt wurden, wo sie mit einer ihnen fremden Kultur konfrontiert und vom Schulbesuch ausgeschlossen waren. Einer der erschütterndsten Fälle betrifft ein 18-jähriges Mädchen, das nach der Aufforderung, das Land zu verlassen, einen Selbstmordversuch unternahm und schließlich nach Afghanistan zurückgebracht wurde.

Dies geschieht trotz der Tatsache, dass der Generalstaatsanwalt des Landes im Shahrivar 1403 verkündet hatte, dass der Entzug des Bildungsrechts für Kinder unabhängig von ihrer Nationalität gegen das Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen verstößt. Die Umsetzung der neuen Verordnung hat jedoch Tausende von Migrantenkindern faktisch ihres Rechts auf Bildung beraubt und ihnen eine ungewisse und gefährliche Zukunft beschert.

Quelle:

https://farsi.anf-news.com/%D8%B1%D9%88%DA%98%D9%87%D9%84%D8%A7%D8%AA_%DA%A9%D9%88%D8%B1%D8%AF%D8%B3%D8%AA%D8%A7%D9%86_%D8%A7%DB%8C%D8%B1%D8%A7%D9%86/mmnwyt-thbtkan-kwdkan-afghanstany-dr-mdars-ayran-syasty-tazh-ba-pyamdhay-sngyn-ansany-92035